

Der Rundbrief

für ver.di Aktive im OV Saar

Ausgabe 12/24 (Nr. 18) am 23.05.24

75 Jahre Grundgesetz:

Ohne Frieden ist alles nichts

14 Kolleginnen und Kollegen umfasste die Standbesetzung der ver.di am 23. Mai 2024 vor der Europagaleric in Saarbrücken. Der Ortsverein hatte dem Bündnis „Bunt statt Braun“ vorgeschlagen am 75. Jahrestages der Verabschiedung des Grundgesetzes eine „Straße der Demokratie“ zu veranstalten. ver.di befasste sich dabei mit dem Friedensgebot als Staatsziel. Auch DGB, Margarethenstift, AWO, Fridays For Future, Letzte Generation, DKP, St.Nikolaus-Hospital, Theater Überzwerg, VVN-BDA und WZB der Lebenshilfe waren bei der Aktion dabei.

Aus gutem Grund haben sich die Gewerkschaften nie „nur“ für die betrieblichen Themen zuständig gefühlt, sondern sich immer auch zu

Fragen von Frieden, Ökologie und Gerechtigkeit positioniert. Ohne Frieden wird sich die Demokratie nicht entwickeln können. Ohne



Abrüstung werden die Menschen nicht selbstbestimmt, frei und solidarisch miteinander leben.



Ein eigener Flyer wurde vom Vorstand erstellt, es gab Hintergrundinfos und auch eine Unterschriftensammlung. Ein Pavillon wurde aufgebaut und von 14 bis 18 Uhr dutzende Gesprä-



che geführt, allein 250 Grundgesetze konnten kostenlos verschenkt werden. weitere zehn Gruppen und Organisationen waren mit von der Partie.



In der Präambel des Grundgesetzes heißt es, dass das „Deutsche Volk“, „von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“. Dieses Friedensgebot der Präambel verstehen wir als Pflicht zur aktiven Friedenspolitik und sehen wir im Widerspruch zu Aufrüstung und zur Kriegsbeteiligung. Unser Ruf nach einer nicht-militärischen Lösung der Konflikte und diesbezüglicher diplomatischer Bemühungen wird oft als naiv desavouiert, während der Ruf nach noch mehr Waffen in den Leit-Medien immer lauter,



drängender und hemmungsloser wird. Das Grundgesetz erhebt das Friedensgebot zum Staatsziel und stellt in diesem Sinne einen verfassungsrechtlich determinierten Auftrag zur Friedenswahrung und Friedensgestaltung sowie eine Orientierung für die Auslegung der Bestimmungen des Grundgesetzes mit Friedensbezug dar. Daraus lässt sich die Verpflichtung einer an Gewaltfreiheit orientierten



Handlungsmaxime für die Verfassungsorgane und die Bundesregierung ableiten. Angesichts der aktuellen Kriege zwischen Ukraine und Russland, in Palästina und anderswo, war es das besondere Anliegen des Ortsvereins im Rahmen einer „Straße der Demokratie“ zum 75. Jahrestages des Grundgesetzes sich mit dem Friedensgebot des Grundgesetzes zu befassen, denn, so die Meinung der Kollegen, ohne Frieden ist alles nichts.

Die Bundesregierung unterstützt den Krieg in der Ukraine mit Waffenlieferungen, finanziellen Mitteln und der Ausbildung von ukrainischen





Soldaten. Damit ist Deutschland im völkerrechtlichen Sinne Kriegspartei geworden, was auch der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages in einem Gutachten (Rechtsfragen der militärischen Unterstützung der Ukraine durch NATO-Staaten zwischen Neutralität und Konfliktteilnahme) insinuiert hat: „Wenn neben der Belieferung mit Waffen



auch die Einweisung der Konfliktpartei bzw. Ausbildung an solchen Waffen in Rede stünde, würde man den gesicherten Bereich der Nichtkriegsführung verlassen.“



Das Risiko eines großen Krieges zwischen den Atommächten wächst und bedroht die Menschheit weltweit. Gigantische Finanzmittel und Ressourcen werden für Krieg und Militär verpulvert. Statt damit die großen Probleme von Armut und Unterentwicklung, maroder Infrastruktur und katastrophalen Mängeln in Bildung und Pflege, Klimawandel und Naturzerstörung zu bekämpfen.

Die deutsche Regierung und Parlamentsmehrheiten wollen eine „Kriegstüchtigkeit“ und



manche schwadronieren über eine „eigene“ Atomwaffenbewaffnung. Wir dagegen wollen Abrüstung und Rüstungskontrolle, Verhandlungen und friedliche Konfliktlösungen. Für Geld für Soziales und Bildung statt für Waffen, so sei unsere Herangehensweise.

unsere Herangehensweise.



Wir erleben aktuell, dass die Bundesregierung im Windschatten der weltpolitischen Entwicklungen einen Aufrüstungskurs verfolgt. Eine Politik von Sanktionen und Gegensanktionen befeuert die Inflation. Der Anstieg der Preise bereitet vielen Menschen schlaflose Nächte. Inzwischen können 5,5 Millionen Menschen aus finanziellen Gründen ihre Wohnung nicht richtig heizen. Doch während für die Mehrheit das Leben immer teurer wird – nicht zuletzt durch die Sozialkürzungen der Bundesregierung – gibt es einen Bereich, der von Einsparungen verschont bleiben soll: der Militäretat. Diese Prioritätensetzung zeigt: Der Aufrüstungskurs der Bundesregierung, unterstützt von CDU/ CSU und AfD, verkleinert finanzielle Spielräume für die Bekämpfung



von Armut, den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur und notwendige Investitionen in den Kampf gegen den Klimawandel. Umverteilungspolitik ist auf eine friedensstiftende Außenpolitik der Bundesregierung angewiesen. Kriege und internationale Spannungen dagegen verhindern die notwendige weltweite Zusammenarbeit zur Bekämpfung von Klimawandel und Krise.

Wenn wir auf Rüstung setzen, dann wird keine der Krisen, ob Klima oder Verkehr, ob Gesundheit oder Bildung, ob Infrastruktur oder Wohnungsfrage gelöst werden. Wenn wir wollen, dass das Saarland bunt bleibt, dann ist die Grundvoraussetzung dazu, den Frieden zu bewahren und die Ressourcen für die Lösung der aktuellen Probleme zu benutzen.

Wenn wir auf Rüstung setzen, dann wird keine der Krisen, ob Klima oder Verkehr, ob Gesundheit oder Bildung, ob Infrastruktur oder Wohnungsfrage gelöst werden.



Wenn wir wollen, dass das Saarland bunt bleibt, dann ist die Grundvoraussetzung dazu, den Frieden zu bewahren und die Ressourcen für die Lösung der aktuellen Probleme zu benutzen.

Ortsverein hilft bei Vorbereitung der Tarifrunde ÖD 2025

Hallo hier ist ver.di

Im letzten hatten wir über die große Mitgliederbefragung im öffentlichen Dienst berichtet. Auf dem Mai-Treffen legten wir fest, dass wir uns nach dem Sommer ganz intensiv mit der kommenden Tarifrunde im Öffentlichen Dienst der Kommunen und des Bundes beschäftigen wollen. Der Fachbereich Gesundheit, Soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft hat Mitglieder des Ortsvereins um eine konkrete und solidarische Hilfe gebeten. Wir sollen die Kolleginnen und Kollegen des Kreiskrankenhauses St. Ingbert dazu gewinnen ganz aktiv sich in die Tarifrunde mit einzusteigen. Das beginnt jetzt mit der Forderungsdiskussion. Dazu brauchen wir in den Abteilungen und Bereichen Tarifbotschafter.



Tarifbotschafterinnen sind das Bindeglied zwischen Einrichtung, also z.B. einer Station im Krankenhaus, und den Tarifkommissionsmitgliedern und ver.di. Sie greifen Stimmungen und Meinungen auf und geben das an die Organisation zurück. Diese wichtigen Ansprechpartner setzt ver.di seit der Pflegestreik-Bewegung 2016 ein und hat daraus ein Konzept der demokratischen Mitwirkung und der Selbstermächtigung entwickelt. Tarifbotschafter sind aus erfolgreichen ver.di-Tarifaufinandersetzungen nicht mehr wegzudenken: Sie werden regelmäßig direkt von der ver.di-Verhandlungsführung über alle aktuellen Entwicklungen informiert und halten den direkten Kontakt zu den Kollegen in ihren Betrieben.



Sie übernehmen eine sehr verantwortungsvolle Rolle im Betrieb. Außerdem können sie sich schon jetzt darin schulen lassen, dazu beizutragen, dass wir in der nächsten Tarifaufensetzung noch stärker werden. Je mehr wir sind und je mehr Kolleginnen bereit sind, sich zu engagieren, desto mehr können wir durchsetzen.



In den letzten Tarifrunden im öffentlichen Dienst sind wir neue Wege gegangen und haben erfolgreich und systematisch Stärke im Betrieb aufgebaut. Aus diesen guten Erfahrungen und in etlichen Tarifrunden erfolgreich erprobten Organizing-Methoden haben wir eine Online-Schulung entwickelt und auf die anstehende Tarifaufensetzung für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen zugeschnitten. In vier Sitzungen können die Tarifbotschafter von Erfolgsrezepten profitieren, Methoden erarbeiten und diese auch im eigenen Arbeitsbereich anwenden.

Um nun den Gewerkschaftssekretärinnen zu helfen, wird der Ortsverein in diesem Krankenhaus die Tarifbotschafter werben. Dazu rufen wir alle Mitglieder an, von denen wir eine Rufnummer haben.

Nach dem Aufruf im letzten Rundbrief haben sich dazu folgende sechs Kolleginnen und Kollegen gemeldet: Ernst Rainer Hertel, Charlotte Matheis, Christian Schorr, Michael Steinmetz, Rainer Tobae und Michael Quetting. Sie erhalten nun eine Liste mit Kolleginnen, die sie jetzt im Juni kontaktieren. Die gewonnenen Tarifbotschafterinnen werden dann an die Gewerkschaftssekretärin gemeldet. Wir wünschen viel Erfolg. Zusammen geht mehr.

Nächstes Treffen:

Am 13. Juni um 18 Uhr

Das letzte Treffen vor der Sommerpause findet wieder am 2. Donnerstag im Monat um 18 Uhr statt. Das

ist diesem Monat der 13. Juni. Wir sehen uns im Sitzungszimmer des ver.di-Hauses in Saarbrücken. Entschuldigungen diesmal ausnahmsweise an Rainer.Tobae@web.de Im Juli gibt es kein Treffen, aber am 8. August geht es weiter.

